



# Niederschrift

**Finanzausschusses** (54. Sitzung),  
**Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses** (26. Sitzung),  
**Umwelt- und Agrarausschusses** (24. Sitzung) und  
**Europaausschusses** (18. Sitzung)

20. Wahlperiode

am Donnerstag, dem 14. Februar 2024, 11:30 Uhr,  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

## Anwesende Abgeordnete

Lars Harms (SSW), Vorsitzender des Finanzausschusses

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Vorsitzender des Europaausschusses

Silke Backsen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), stellvertretende Vorsitzende des Umwelt- und  
Agrarausschusses

Michel Deckmann (CDU)

Andreas Hein (CDU)

Rixa Kleinschmit (CDU)

Peer Knöfler (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Cornelia Schmachtenberg (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Manfred Uekermann (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ulrike Täck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niclas Dürbrook (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Thomas Hölck (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Dr. Bernd Buchholz (FDP)

Annabell Krämer (FDP)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Sybilla Nitsch (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)</b>	<b>4</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/1700	
	<b>Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024</b>	<b>4</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/1701	
<b>2.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>38</b>

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abgeordneter Harms, eröffnet die Sitzung um 11:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 20/1700](#)

**Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2024**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
[Drucksache 20/1701](#)

(überwiesen am 24. Januar 2024)

**Einzelplan 06**

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus  
(mit Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss)**

[Umdrucke 20/2670, 20/2725](#) und vertraulicher [Umdruck 20/2680](#)

Frau Carstens, Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, führt in Einzelplan 06 ein ([Umdruck 20/2725](#)). Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies teilt sie mit, die Finanzierung der Entwicklungsgesellschaft in Dithmarschen werde Teil der Nachschiebeliste werden.

Abgeordneter Dr. Buchholz kritisiert, dass fast 15 Prozent der Stellen im Wirtschaftsministerium nicht besetzt seien. – Staatssekretärin Carstens erwidert, die Zahl der unbesetzten Stellen, die sich einigermaßen gleichmäßig über alle Abteilungen verteile, sei rückläufig.

## Kapitel 06 01 – Allgemeines

Bei Titel 511 01 – Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausstattungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände – bittet Abgeordnete Nitsch das Wirtschaftsministerium, die Differenz zwischen Ist 2022/2023 und Soll 2024 zu erläutern.

Bei Titel 526 99 – Kosten für Sachverständige, Gutachten – fragt Abgeordnete Herdejürgen, für welche Stellenbesetzungen das Wirtschaftsministerium externe Hilfe benötige.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer erwidert Staatssekretär von der Heide, der Strategieprozess Straßenbauverwaltung sei 2023 vorbereitet worden und werde 2024 intensiviert. Im Rahmen dieses Prozesses werde auch über eine mögliche Umbenennung des LBV entschieden.

Der Vorsitzende bittet das Wirtschaftsministerium mitzuteilen, welche Gutachten/Maßnahmen 2024 geplant seien beziehungsweise umgesetzt würden und welche offenblieben.

Auf Wunsch der Abgeordneten Herdejürgen sagen die Staatssekretäre zu, dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss die Gutachten zur Landeshafenstrategie SH und zur Ostseeküste 2100 zuzuleiten, sobald sei vorlägen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz sagt Staatssekretär von der Heide zu, die Zahlungsströme zum Gutachten zur Landeshafenstrategie darzustellen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zum Standortmarketing (Titel 546 01) versichert Staatssekretärin Carstens, selbstverständlich führe man eine Kampagnenevaluierung durch.

Abgeordnete Krämer bittet um Erläuterungen zur Deckungsfähigkeit der verschiedenen Maßnahmen.

## Kapitel 06 12 – Wirtschaft

Abgeordnete Herdejürgen wiederholt ihre Bitte an die Landesregierung, alle im Zusammenhang mit der Ansiedlung von Northvolt stehenden Haushaltstitel schriftlich aufzulisten.

Bei Titel 121 01 – Gewinne aus der Beteiligung des Landes an wirtschaftlichen Unternehmen – bittet Abgeordnete Herdejürgen, die Differenz zwischen Ist 2023 und Soll 2024 zu erläutern.

Bei Titel 671 02 – Erstattung von Kosten für die Abwicklung von Förderprogrammen – problematisiert Abgeordneter Dr. Buchholz die Kostensteigerung.

Frau Schmid, Leiterin des Referats Regional- und Strukturpolitik, EFRE, GRW, EU-Angelegenheiten im Wirtschaftsministerium, teilt mit, man habe im Dezember 2023 rückwirkend zum 1. Januar 2023 einen neuen Aufgabenübertragungsvertrag mit der IB.SH abgeschlossen, der die neue EU-Förderperiode abbilde. Die Erhöhung des Haushaltsansatzes sei auf inflationsbedingte Mehrkosten, einen Stellenaufwuchs und ein neues Berechnungssystem der Investitionsbank zurückzuführen.

Staatssekretärin Carstens äußert, es habe eine Wirtschaftlichkeitsberechnung gegeben, deren Grundlage ein Kabinettsbeschluss aus dem Jahr 1995 gewesen sei; die Investitionsbank könne die Förderprogramme am günstigsten abwickeln.

Herr Albrecht, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, erinnert an folgendes Votum des Landtags (Textziffer 21 der Bemerkungen 2020 des Landesrechnungshofs, Drucksache 19/2950):

„Der Finanzausschuss teilt die Feststellungen des Landesrechnungshofs. Er fordert das Wirtschaftsministerium auf, für die kommende Förderperiode 2021 bis 2027 schlanke Förderverfahren zu implementieren und die Möglichkeiten der EU-Kommission zur Anwendung vereinfachter Kostenoptionen (Pauschalen et cetera) im Rahmen der Landeshaushaltsordnung zu nutzen. Er bittet das Wirtschaftsministerium, ihn spätestens im dritten Quartal 2021 über die neuen Förderstrukturen zu unterrichten und

ihm die Aufgabenübertragungsverträge mit den Dienstleistern IB.SH und WT.SH vor Unterzeichnung vorzulegen.“

Staatssekretärin Carstens kündigt an, dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss den Aufgabenübertragungsvertrag und einen entsprechenden Bericht zuzuleiten.

Der Finanzausschuss erwartet, dass ihm die Landesregierung solche Verträge vor Vertragsabschluss zuleitet.

Bei Titel 871 07 – Darlehensfortprogramm für kleine und mittlere Unternehmen „IB.SH Wachstumsdarlehen“ – bittet Abgeordneter Dr. Buchholz, die Gründe für die Ausgaben 2023 zu erläutern.

Eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zu Titel 892 05 – Innovationsförderung für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen – beantwortet Staatssekretärin Carstens dahin, bei diesem Titel, bei dem man einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet habe, gebe es naturgemäß große Schwankungen. Die Vorhaben würden vom Bund verwaltet; wenn sie anfielen, gebe das Land ein Drittel der Finanzierungssumme dazu.

Zu Titel 871 02 – Nachfolge- und Übernahmefinanzierungen für KMU – fragt Abgeordnete Raudies, wie viele Gewährleistungszusagen in welcher Höhe erteilt worden seien.

Auf Fragen des Abgeordneten Dr. Buchholz zu Titel 682 01 – An die Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH – antwortet Frau Friedrich, Leiterin des Referats Ansiedlungspolitik, Außenwirtschaft, wirtschaftsnahe Infrastruktur im Wirtschaftsministerium, die WTSH habe OCO, die die Grundlage für die Ansiedlungsstrategie geschaffen habe, beauftragt, den amerikanischen Markt zu bearbeiten.

Abgeordnete Raudies bittet das Wirtschaftsministerium, die Ausgabensteigerung im Einzelnen schriftlich zu erläutern.

Auf eine Frage der Abgeordneten Nitsch teilt Staatssekretärin Carstens mit, für die Stelle eines Landeskoordinators Dänemark laufe im Moment die Ausschreibung.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer bittet das Wirtschaftsministerium, den Wirtschaftsplan der WTSH für das Jahr 2024 vorzulegen.

Auf Fragen der Abgeordneten Nitsch zu Titel 671 04 – Ausgaben für die Abwicklung von Energie-Hilfsprogrammen – teilt Staatssekretärin Carstens mit, 2023 seien Kosten für die Abwicklung durch die IB.SH und die Energieberatung angefallen, die die Handwerkskammer Lübeck koordiniert habe.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 883 02 – An Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen – erläutert Frau Schmid, die letzte EU-Förderperiode sei noch nicht endgültig abgerechnet; man gehe davon aus, dass man die zur Verfügung stehenden Mittel in voller Höhe abrufen können. Für die neue Förderperiode gebe es eine sehr gute Nachfrage.

### **Kapitel 06 13 – Technologie, Digitalisierung und Tourismus**

Auf eine Frage der Abgeordneten Nitsch zu Titel 533 01 – Für Aufträge an Dritte im Rahmen des Technologietransfers sowie für Marktanalysen und Projektstudien – bestätigt Herr Schulz, Mitarbeiter im Referat Technologiepolitik und Technologietransfer im Wirtschaftsministerium, aktuell seien keine Projekte geplant.

Auf Fragen des Abgeordneten Dr. Buchholz zu Titel 883 02 – An Gemeinden und Gemeindeverbände für die Beseitigung von Sturmflutschäden – kündigt Staatssekretärin Carstens eine Korrektur über die Nachschiebeliste an und sagt zu, den Ausschüssen die Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Wiederaufbau nach der Flutkatastrophe vom 19. bis 21. Oktober 2023 an der Ostseeküste zuzuleiten. Die Förderung von Sandaufspülungen sei nach wie vor vorgesehen, und auch die Förderung der Wiederherstellung von Strandpromenaden sei kein naturschutzrechtliches Problem.

Abgeordneter Dr. Buchholz wünscht sich, dass der Schutz von Steilküsten an der Ostseeküste unter touristischen Gesichtspunkten vom Land gefördert werde; Abgeordneter Petersdotter verweist in diesem Zusammenhang auf die Küstenschutzstrategie des Landes.

Abgeordneter Dr. Buchholz fragt, warum die Mittel für die TA.SH bei Titel 683 61 – Zuschüsse an private Unternehmen – etatisiert würden, aber die Mittel für die Umsetzung der Tourismusstrategie durch die TA.SH bei Titel 685 61 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen. Die TA.SH sei keine öffentliche Einrichtung, sondern ein privates Unternehmen.

Abgeordnete Raudies bittet, den Mittelaufwuchs für die TA.SH zu begründen und darzulegen, welche Aufgaben auf die Gesellschaft übertragen würden und inwieweit die Aufgabenübertragung umsatzsteuerrechtlich relevant sei.

Staatssekretärin Carstens stellt klar, dass sich der Zuschuss an die TA.SH nicht erhöhe und keine weiteren Aufgaben hinzugekommen seien (außer Umsetzung der Tourismusstrategie durch Mitarbeiter der TA.SH). Im Übrigen sagt sie eine schriftliche Antwort zu.

## **Kapitel 06 14 – Verkehrswesen**

Abgeordneter Dr. Buchholz bittet, den Ausschüssen die Aufschlüsselung der Regionalisierungsmittel für das Jahr 2024 wie in den Vorjahren als öffentliche Information zugänglich zu machen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Nitsch zu Titel 331 01 – Zuweisung des Bundes für bedeutende Investitionen im Bereich der Seehäfen – und Titel 765 33 – Zuschüsse für bedeutende Investitionen in den landeseigenen Häfen – antwortet Staatssekretär von der Heide, es gehe insbesondere um den Ausbau des Hafenbeckens IV im Landeshafen Büsum. Den Mechanismus mit den Bundesmitteln werde man den Ausschüssen noch einmal schriftlich erläutern. Das Wirtschaftsministerium arbeite an einer Landeshafenstrategie, die das bisherige Hafengistikkonzept weiterentwickle.

Zu Titel 671 01 – An die Nahverkehrsverbund Schleswig-Holstein GmbH (NAH.SH) – bitten die Abgeordneten Raudies und Dr. Buchholz darum, den Kostenaufwuchs beziehungsweise die Entwicklung der Aufgaben und Stellen von NAH.SH schriftlich zu erläutern. – Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer mahnt die Vorlage des Wirtschaftsplans von NAH.SH an.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 231 01 – Zuweisungen des Bundes zur Regionalisierung des Öffentlichen Personennahverkehrs – erwidert Staatssekretär von der Heide, durch den Ukrainekrieg bedingte Mehrkosten für den ÖPNV würden durch Notkreditmittel finanziert.

Eine Frage der Abgeordneten Nitsch zu Titel 633 03 – ÖPNV-Vorhaben und –Untersuchungen der Kreise, kreisfreien Städte oder deren Zweckverbände und der Gemeinden mit überregionaler Bedeutung – beantwortet Frau Dr. Kapaun, stellvertretende Leiterin des Referats Öffentlicher Personennahverkehr, Eisenbahnen im Wirtschaftsministerium, dahin, aus diesem Titel sollten das Projekt KISS-Kiel und mögliche weitere Projekte bezahlt werden.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz zu Titel 682 10 – An öffentliche Unternehmen für Maßnahmen zur Umsetzung der Radstrategie des Landes – erwidert Staatssekretär von der Heide, das Pilotprojekt zur Implementierung von Fahrradleihstationen in ländlichen Regionen sei aus einem anderen Haushaltstitel finanziert worden.

Auf eine Frage des Abgeordneten Dr. Buchholz zu Titel 883 02 – An Kommunen für Modellprojekte im ÖPNV – teilt Frau Dr. Kapaun mit, die 2023 nicht in Anspruch genommenen Landesmittel seien in eine Rücklage überführt worden, um sie 2024 und 2025 verausgaben zu können.

Auf eine Frage der Abgeordneten Nitsch zu Titel 682 02 – An den Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN.SH) für den Betrieb – erwidert Staatssekretär von der Heide, zur Ausbaggerung der Husumer Au habe man Mittel zur Verfügung gestellt; in Kürze wolle man dazu eine Vereinbarung mit dem Bund und der Stadt Husum schließen. Welche möglichen weiteren Maßnahmen außer Büsum und Husum in welcher Mittelhöhe geplant seien, werde man schriftlich mitteilen. – Abgeordnete Herdejürgen möchte wissen, welche Maßnahmen 2022 durchgeführt worden seien.

Zu Titel 682 08 – An öffentliche Unternehmen als Starthilfe und zur Tarif-Finanzierung – bittet Abgeordnete Raudies mitzuteilen, welche Unternehmen in welcher Höhe wofür unterstützt worden seien.

Bei Titel 891 01 – An den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein (LBV.SH) für Investitionen – macht Abgeordneter Dr. Buchholz darauf aufmerksam, dass im Wirtschaftsplan des LBV für Maßnahmen im Rahmen des IMPULS-Programms für den Straßenbau eine Summe von 73,8 Millionen Euro stehe, die nicht mit der Zahl in der Tabelle auf Seite 163 des [Umdrucks 20/2670](#) übereinstimme.

Eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zu Titel 883 03 – Sedimentmanagement Häfen Nordsee – beantwortet Staatssekretär von der Heide dahin, Wirtschaftsministerium und Umweltministerium arbeiteten intensiv an einer Förderrichtlinie, die so schnell wie möglich auf den Weg gebracht werden solle. Ausbaggerungen könnten ab Herbst 2024 beginnen und betreffen die gesamte Westküste inklusive Elbe und die Zuwegung von Häfen. Es handele sich um eigene Mittel des Landes und nicht um Teile der von Hamburg gezahlten Schlickgelder. Nicht gebrauchte Mittel würden in die Rücklage des LKN überführt, die Bestandteil des Einzelplans 13 sei.

Abgeordnete Krämer legt Wert darauf, dass nicht verausgabte Mittel weiter zweckgebunden im Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums zur Verfügung stünden.

Abgeordnete Raudies bittet den Staatssekretär darum, den Ausschüssen die Förderrichtlinie zuzuleiten und zu gegebener Zeit über den aktuellen Sachstand zum Gutachten zur Gieselau-Schleuse zu berichten.

## **Kapitel 06 16 – Arbeit und Qualifizierung**

Bei Titel 683 01 – An private Unternehmen für Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration – legt Abgeordnete Raudies Wert darauf, dass Fördermittel allen Landesteilen zu einigermaßen gleichen Teilen zugutekämen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 633 01 – An Kommunen für Maßnahmen der Fachkräfteentwicklung und -sicherung – teilt Staatssekretär von der Heide mit, man habe bereits sechs bis acht Förderungen erteilt und rechne mit weiteren Förderanträgen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zu Titel 533 05 – Für Aufträge an Dritte zur Abwicklung des Welcome-Center – antwortet Staatssekretär von der Heide, folgende Stellen würden finanziert: eine Stelle mit der Entgeltgruppe 15, eine mit Entgeltgruppe 14, drei mit Entgeltgruppe 13, acht mit Entgeltgruppe 11 und zwei Stellen mit Entgeltgruppe 9.

### **Kapitel 16 06 – IMPULS**

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 891 06 – An den Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein für Maßnahmen an Radwegen – erwidert Staatssekretär von der Heide, das Bauprogramm 2024 werde in der Regel im März veröffentlicht.

Bei Titel 893 11 – Digitale Infrastruktur – möchte Abgeordnete Raudies wissen, für welche konkreten Maßnahmen die Haushaltsmittel geplant seien.

Abgeordnete Krämer kritisiert, dass in der kreditfinanzierten Digitalisierungsrücklage eine Summe von 112 Millionen Euro „schlummere“.

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies teilt Herr Christiansen, Mitarbeiter im Referat Telekommunikation, Breitband, Mobilfunk, wirtschaftspolitische Umweltfragen im Wirtschaftsministerium, mit, Mittel aus dem Sondervermögen Breitband würden auch zur Kofinanzierung von Bundesmitteln verwendet. Man versuche, bei den großen, teuren Infrastrukturprojekten grundsätzlich Bundesmittel in Anspruch zu nehmen.

Auf eine Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 891 03 – Zuschüsse an öffentliche Eisenbahninfrastrukturunternehmen – erwidert Staatssekretär von der Heide, man gehe davon aus, dass die eingestellten Mittel für die beiden aufgeführten Maßnahmen in diesem Jahr vollständig abfließen.

Bei Titel 752 01 – Planungsleistungen – fragt Abgeordnete Krämer, ob die eingestellten Haushaltsmittel in diesem Jahr vollständig verausgabt würden. – Staatssekretär von der Heide sagt eine schriftliche Antwort zu. Veranschlagt seien die Kosten für die Erstbeauftragung von drei Planungsunternehmen.

Bei den Titeln 633 01 und 883 02 – An Kommunen für Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Radstrategie des Landes – fragt Abgeordnete Krämer, wofür die veranschlagten Mittel 2024 jeweils verwendet und ob sie in voller Höhe abfließen würden.

(Unterbrechung: 14:40 bis 15:00 Uhr)

**Einzelplan 13**  
**Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur**  
**(mit Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss**  
**und Umwelt- und Agrarausschuss)**  
[Umdrucke 20/2675 \(neu\)](#) und [20/2739](#)

Herr Goldschmidt, Minister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, führt in Einzelplan 13 ein ([Umdruck 20/2739](#)).

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu möglichen Änderungen im Rahmen der Nachschiebeliste benennt Minister Goldschmidt die Bereiche Küstenschutz an der Ostsee – ohne Vernachlässigung des Küstenschutzes an der Westküste und dem ländlichen Raum.

Von Abgeordneter Raudies nach den geschätzten Kosten für Deichsanierungen gefragt, antwortet Minister Goldschmidt, die geschätzten Kosten des Landes für die Reparatur der Regionaldeiche beliefen sich auf 40 Millionen Euro, für Schäden bei den Landesschutzdeichen auf 4 Millionen Euro und für Notsicherungsmaßnahmen auf 1 Million Euro, sodass für die Reparatur von Deichen an der Ostseeküste mit Kosten von insgesamt 45 Millionen Euro gerechnet werde. Für den Fall, dass Regionaldeiche zu Landesschutzdeichen umgewidmet würden, sei mit Kosten von 5 bis 10 Millionen Euro pro Kilometer Deichabschnitt zu rechnen. Eine solche Umwidmung sei abhängig davon, ob dies vor Ort gewollt sei, wo die Deichlinien verlaufen sollten, wie hoch die Investitionskosten seien und ob man zu einer Vereinbarung mit dem Bund komme, dass es sich um eine Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern handle.

Auf Fragen des Abgeordneten Kumbartzky hinsichtlich unbesetzter Stellen antwortet Frau Günther, Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur,

dauerhaft über zwölf Monate bezogen seien 44 Stellen unbesetzt gewesen. Der weit überwiegende Teil werde freigehalten, um Anwärter zu übernehmen. Für den Rest liefen Ausschreibungsverfahren.

Abgeordnete Raudies erkundigt sich nach Maßnahmen zur Anwerbung von Nachwuchs. – Staatssekretärin Günther erläutert, dass es insbesondere bei technischen Berufen große Herausforderungen gebe. Außerdem seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Dienststellen im gesamten Land unterwegs. Deshalb werde überlegt, beispielsweise in Heide spezielle Studiengänge oder Ausbildungsgänge anzubieten. Der LKN beispielsweise sei sehr aktiv bei Berufsmessen, in Schulen und in Universitäten. Des Weiteren gebe es große Aktivitäten im Social-Media-Bereich.

Abgeordnete Krämer bezieht sich auf die Beratungen zum Einzelplan 06. Dort sei mitgeteilt worden, dass Mittel aus dem Sedimentmanagement noch nicht abgeflossen seien, weil eine Richtlinie fehle. Die aufgelaufenen Mittel seien in eine LKN-Rücklage eingeflossen. Sie erkundigt sich danach, ob diese Mittel zweckgebunden für Sedimentmanagement in Häfen verwendet würden. – Minister Goldschmidt sagt zu, diese Frage schriftlich zu beantworten.

### **Kapitel 13 01 – Ministerium/Allgemeines**

Auf eine Frage des Abgeordneten Kumbartzky zu Titel 526 99 – Kosten für Sachverständige, Gutachten u. ä. – erläutert Herr Trende, Leiter der Allgemeinen Abteilung im MEKUN, es handle sich bei der Fortführung des Projektes „Umsetzung der Anforderungen des Datenschutzes im Geschäftsbereich des MEKUN“ um die konzeptionelle und systematische Aufarbeitung von Datenschutzkonzepten, die über IT-Konzepte hinausgingen und der Beratung des Hauses dienten. Der Anstieg des Ansatzes sei – so auf eine Nachfrage des Vorsitzenden – begründet er mit dem Projektverlauf. Wie lange das Projekt noch laufen werde, werde schriftlich nachgereicht. Der Vorsitzende bittet um Auflistung der Mittelabflüsse der nächsten Jahre sowie Erläuterung der Mittelabflüsse.

Auf die Fragen der Abgeordneten Herdejürgen und Raudies führt Staatssekretärin Günther zu möglichen weiteren, in den Fragen zum Haushaltsentwurf nicht aufgeführten externen Gutachten aus und bezieht sich auf die interne Aufbau- und Ablauforganisation des MEKUN, die Änderungen in der Arbeitswelt und besondere Anforderungen der nachgeordneten Bereiche.

Minister Goldschmidt erläutert, dass dieser Titel der zentrale Titel für Gutachten des gesamten MEKUN sei. Aus diesem Titel würden auch unterjährig Gutachten zu bestimmten Fachthemen beauftragt.

Abgeordnete Redmann spricht die Auflösung des Titels 531 02 – Öffentlichkeitsarbeit – an, und hier insbesondere Titel 13 15-546 01 – Ausgaben i. Z. m. Munition im Meer. Frau Günther erläutert, dass zunächst Vorarbeiten geleistet worden seien. Diese sollten verstärkt werden. – Minister Goldschmidt ergänzt, derzeit beginne man, über eine Bund-Länder-Vereinbarung zu reden. Er werbe nach wie vor für einen Beitrag aller 16 Bundesländer. Es habe Kaminesgespräche bei Umweltministerkonferenzen und erste fachliche Austausch über die Frage gegeben, wie eine Kostenaufteilung aussehen könne. Auch das Land Schleswig-Holstein werde einen Beitrag dazu leisten müssen. Er gehe davon aus, dass mit dem Haushaltsentwurf 2025 oder spätestens 2026 entsprechende Signale Richtung Bund gesetzt werden müssten.

Auf die Frage der Abgeordneten Herdejürgen, warum die fehlerhafte Veranschlagung nicht bereits im Haushaltsplan habe korrigiert werden können, beantwortet Minister Goldschmidt mit dem Hinweis auf technische Gegebenheiten. Der Zeitraum zwischen dem Erkennen des Problems und der Kabinettsfassung sei zu kurz gewesen.

### **Kapitel 13 18 – Energie, Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung**

Eine Frage der Abgeordneten Herdejürgen zu Titel 533 06 – Verträge mit Dritten – beantwortet Herr Knuth, Staatssekretär im Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur, dahin, die Verschiebung des Titels hänge mit einer internen Umorganisation zusammen. Die Federführung sei von der Energieabteilung in die Immissionsschutzabteilung gewechselt. Dort befinde sich die fachliche Verfahrensführung. Das werde nunmehr im Haushalt abgebildet.

Abgeordnete Krämer erkundigt sich zu Titel 671 01 – Aufwendungen im Zuge „Betrieb des eHighways an der BAB A1 in Schleswig-Holstein – FESH II-A“ – nach dem Ist und danach, ob Haushaltsreste übertragen worden seien. – Staatssekretär Knuth sagt zu, die Frage schriftlich zu beantworten.

Abgeordnete Krämer erkundigt sich nach den Ausgaben aus Titel 533 10 – Maßnahmen der Energiewirtschaft, der Energiewende und des Klimaschutzes/Klimawandels für das STADTRADELN. – Staatssekretär Knuth erläutert, dass es sich hierbei um Kosten für die digitale Plattform handele, die es den Kommunen ermögliche, am STADTRADELN teilzunehmen. – Minister Goldschmidt ergänzt, das Land habe ein Interesse daran, dass die auch vom Bund unterstützten kommunalen Klimaschutzmanagerinnen und -manager niedrigschwellige Klimaschutzaktivitäten in den Kommunen entfalten könnten.

Auf eine Nachfrage erläutert Staatssekretär Knuth, dass insbesondere beim Informationsaustausch der Klimaschutzmanagerinnen und -manager eine Unterstützung notwendig sei. Vor diesem Hintergrund habe sich das Land dazu entschieden, kleinere Vernetzungsprojekte zu unterstützen. Daraus erhoffe sich das Land eine gewisse Professionalisierung des Übertrags der Erkenntnisse des kommunalen Klimaschutzmanagements zur Landesregierung.

Abgeordneten Raudies weist auf die kommunale Vernetzungsstruktur der kommunalen Landesverbände hin. Da es sich eindeutig um eine kommunale Aufgabe handele, halte sie es für notwendig, den Ansatz kritisch zu hinterfragen.

Minister Goldschmidt bestätigt, Klimaschutz sei eine kommunale Pflichtaufgabe. Gleichzeitig sei wichtig, dass sich alle staatlichen Ebenen darum kümmern. Deshalb habe sich beispielsweise der Bund dafür entschieden, die kommunalen Klimaschutzmanagerinnen und -manager zu finanzieren. Davon machten viele Kommunen Gebrauch. Das Land unterstütze, indem beispielsweise Fortbildungen und niedrigschwellige Maßnahmen wie das STADTRADELN finanziert würden. Einen Austausch zwischen der kommunalen Ebene und der Landespolitik halte er für sinnvoll. Er wolle aber nicht den Eindruck entstehen lassen, dass die kommunale Ebene beim Klimaschutz nicht mitmache. Die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und kommunaler Ebene sei sehr gut. Gegenwärtig werde beispielsweise an einem Klimaschutzpakt gearbeitet.

Mit dem Ansatz in Höhe von 70.000 Euro Unterstützung kommunales Klimaschutzmanagement – so Staatssekretär Knuth auf eine Frage der Abgeordneten Krämer – solle das Klimaschutzmanagement in den Kommunen gestärkt werden. Konkret gehe es beispielsweise um die Unterstützung der Energie- und Klimaschutzinitiative. Die genaue Planung sei noch nicht

abgeschlossen. – Abgeordnete Redmann bittet um schriftliche Information der geplanten Maßnahmen zu gegebener Zeit.

Abgeordnete Redmann bezieht sich auf die Planungen in 2024 und bittet um nähere Erläuterungen zum geplanten Bündnis Klimaneutrales Wohnen, Maßnahmen und Veranstaltungen im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 und Klimaschutz im gemeinnützigen Bereich und in der Wohlfahrtspflege. – Staatssekretär Knuth legt dar, das Ist sei so gering, da die Maßnahmen nicht wie vorgesehen hätten umgesetzt werden können. In der Planung für 2024 sei man detaillierter vorgegangen, um sicherzustellen, dass die Planung dem Mittelabfluss entspreche.

Beim geplanten Bündnis Klimaneutrales Wohnen gehe es um ein Bündnis des MEKUN mit dem Innenministerium und insbesondere der Wohnungswirtschaft. Hier sollte den Herausforderungen, die die Klimaneutralität im Wohnungsbereich stelle, nachgegangen werden. Sowohl Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer als auch Mieterinnen und Mieter sollten hier mitgenommen werden.

Die Maßnahmen und Veranstaltungen im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 dienen der Einbindung der fachlichen Stakeholder. Geplant werde unter anderem eine Klimaskonferenz. Außerdem sollten mögliche Einzelpunkte unterstützend finanziert werden.

Beim Klimaschutz im gemeinnützigen Bereich und in der Wohlfahrtspflege gehe es um die Unterstützung gemeinnütziger Organisationen sowie sozialer Einrichtungen und Verbände bei der Frage der Klimaneutralität in ihrem Bereich. Dies geschehe insbesondere vor dem Prinzip der Kostendeckung in diesen Organisationen, die Umstrukturierungsprozesse schwierig zu finanzieren machten.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Raudies erläutert Staatssekretär Knuth, es solle keine neue Struktur geschaffen werden. Man befinde sich im Austausch mit bereits existierenden Beratungsorganisationen wie beispielsweise der IB.SH. Aus den bisherigen Austauschen gebe es die Rückmeldungen, dass es gegebenenfalls darauf aufbauend den Bedarf zur Kommunikation des vorhandenen Know-hows bedürfe. Die IB.SH habe kein Extrabudget für die Beratungsleistungen der Vereine und Verbände, die von der Landesregierung angesprochen worden seien.

Auf Fragen der Abgeordneten Redmann erläutert Staatssekretär Knuth, das Klimaschutzgesetz des Bundes wirke sowohl für das Land als auch Kommunen. Das Land beabsichtige, die Klimaanpassungsstrategie in 2024 vorzustellen. Sie befinde sich derzeit in der Bearbeitung. Parallel dazu werde das Expertinnen- und Expertengremium aufgebaut. Sobald es zusammengestellt sei, werde der Ausschuss eine Liste der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten.

Abgeordnete Redmann bittet um Information über den Klimarat des Ministerpräsidenten. – Staatssekretär Knuth sagt zu, dem nachzugehen.

Er ergänzt, mit dem Klimaschutzprogramm werde beschrieben, wie der Beitrag Schleswig-Holsteins dazu aussehe, das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten in einer Welt, von der heute bekannt sei, dass sie sich auf ein 2,8-Grad-Event hin entwickle. Mit der Klimaanpassungsstrategie werde beschrieben, wie man sich auf die sich ändernden klimatischen Bedingungen als Land bestmöglich anpassen könne. Dabei handele es sich um ein ressortübergreifendes Projekt.

Auf Nachfrage der Abgeordneten Redmann legt Staatssekretär Knuth dar, die Strategie sei final für das zweite Halbjahr 2024 vorgesehen.

Von Abgeordneter Redmann auf das geplante externe Gutachten angesprochen, legt Staatssekretär Knuth dar, die Strategie stütze sich nicht solitär darauf.

Auf eine weitere Nachfrage der Abgeordneten Krämer hinsichtlich klimaneutralen Wohnens antwortet Staatssekretär Knuth, der Fokus der gemeinsamen Arbeit mit dem zuständigen Innenressort liege nicht bei einer Änderung der Landesbauordnung. – Minister Goldschmidt ergänzt auf einen Einwurf der Abgeordneten Krämer, politische stünden verschiedene Instrumente zur Verfügung, nämlich erstens die Steuerung über Preise, zweitens die Steuerung über Ordnungsrecht und drittens Freiwilligkeit und Förderung. Im Bereich des Wohnens werde auf den dritten Punkt gesetzt.

Abgeordnete Krämer erkundigt sich zu Titel 547 02 – Beteiligungsverfahren Klimaschutzprogramm Schleswig-Holstein – nach dem Grund der Beteiligung von 50 zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus Schleswig-Holstein im Bürgerforum Klima Schleswig-Holstein.

Minister Goldschmidt weist auf das Klimaschutzprogramm 2030 der Landesregierung hin. Dazu solle in diesem Jahr eine Beteiligung im Rahmen einer Verbändeanhörung stattfinden. Auch eine wissenschaftliche Beratung sei vorgesehen. Um den Prozess nicht zu stark von Interessensvertretungen dominieren zu lassen, sollten auch Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit der Mitgestaltung im Rahmen eines Bürgerforums haben.

Auf Anmerkungen der Abgeordneten Krämer macht Minister Goldschmidt deutlich, von vornherein werde deutlich gemacht, dass es sich um ein beratendes Gremium handele. Die Landesregierung habe sich ein Beispiel an der Ampelkoalition im Bund genommen, die ähnliches mit großem Erfolg durchgeführt habe. Das Ergebnis des Bürgerrates – so Minister Goldschmidt auf eine Nachfrage der Abgeordneten Raudies – werde verschriftlicht, veröffentlicht und Grundlage der weiteren Entscheidung sein. Die Arbeit im Bürgerrat diene dazu, die Politikerinnen und Politiker entsprechend zu informieren.

Auf eine Frage hinsichtlich des Titelansatzes bei Titel 681 01 – Klimaschutz für Bürgerinnen und Bürger – stellt Staatssekretär Knuth dar, in welcher Form eine Veranschlagung bei diesem Titel im Zuge der Nachschiebeliste erfolge, sei derzeit Teil der Beratungen der Landesregierung. Er weist darauf hin, dass ein Teil der Mittel aus dem Sondervermögen stamme, das für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden solle.

Auf die Frage, ob ausgeschlossen werde, dass eine Finanzierung aus Notkrediten erfolge, erwidert Staatssekretär Knuth, er schließe gar nichts aus. Dies liege nicht in seinem Zuständigkeitsbereich.

Auf eine Frage der Abgeordneten Dr. Täck zum Mittelabfluss aus Titel 686 17 – Zuschüsse an Dritte für Maßnahmen im Rahmen einer schleswig-holsteinischen und norddeutschen Wasserstoffstrategie aus Mitteln des Konjunkturprogrammes – sagt Staatssekretär Knuth zu, die in der Antwort auf die Fragen aufgeführten Mittelabflüsse zu überprüfen und dem Ausschuss mögliche Abweichungen mitzuteilen.

Die Vertreter der Landesregierung bestätigen, dass nicht abgeflossene Mittel nicht in eine Rücklage gegangen seien, weil es sich um Mittel aus einem Notkredit gehandelt habe.

Abgeordnete Herdejürgen erkundigt sich zum Titel 892 06 – Zuschüsse für Investitionen im Rahmen des Projektes HySCALE100 – nach dem konkret vorgesehenen Mittelabfluss und den Erwartungen der Investoren. – Staatssekretär Knuth erläutert, das Projekt werde insbesondere vom Bund gefördert. Bei derartigen Projekten werde üblicherweise ein Kofinanzierungsansatz des Landes gefordert. Den sei die Landesregierung zu leisten bereit.

Für das Projekt gebe es verschiedene Projektpartner, insbesondere die Raffinerieanlagen in Heide und Lägerdorf. Gemeinsam solle über die gesamte Wertschöpfungskette von der Erzeugung grünen Wasserstoffes, der Methanol-Produktion über den Einsatz der Olefinen-Produktion eine Dekarbonisierung der chemischen Industrie erfolgen. Das Land befinde sich in einem laufenden Austausch mit den Projektpartnern. Der Hauptfördergeber sei das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, mit dem das Land im Rahmen einer Verwaltungsvereinbarung die Kofinanzierung des Landes abwickle. Derzeit befinde man sich in einer Phase, in der die Projektskizzen aktualisiert würden. Man stehe kurz vor der Finalisierung der einzelnen Bauplanungen der Bauhabenträger. Die Gesamtfinanzierung belaufe sich auf rund 194 Millionen Euro Landesmittel und 450 Millionen Bundesmittel. Wichtig sei die Rückkopplung zu dem Sondervermögen IMPULS, sodass nicht abgerufene Mittel dorthin zurückfließen.

Abgeordnete Herdejürgen bittet um Mitteilung, sobald es Konkretes über das Projekt zu berichten gibt. – Staatssekretär Knuth sagt dies zu und fügt an, dass im Wirtschaftsausschuss regelmäßig über das Projekt berichtet werde.

### **Kapitel 13 12 – Immissionsschutz, Bio- und Gentechnologie**

Auf eine Frage des Abgeordneten Kumbartzky zu Titel 533 04 – Verträge mit Dritten – legt Staatssekretär Knuth dar, die Firma, die die Projektbegleitung durchführe, solle nicht nach außen wirken, sondern Genehmigungsfragen strukturieren und organisieren. Erwartet werde, dass die Beratungsleistung bis Ende des Jahres abgeschlossen sei.

## Kapitel 13 13 – Naturschutz

Auf Fragen der Abgeordneten Redmann zu Titel 282 04 – Einnahmen für Maßnahmen zur Ausgestaltung der Krabbenfischerei und Stärkung der Nationalparkregion – verweist Staatssekretärin Günther darauf, dass es sich hier um Gelder aus der alten Sedimentvereinbarung handele. Ausgaben könnten nur dann erfolgen, wenn entsprechende Anträge gestellt würden. Die Antwort auf die Frage der Abgeordneten Redmann, ob Gespräche stattfänden, wie gegebenenfalls Anträge formuliert werden könnten, werde schriftlich beantwortet.

Abgeordnete Redmann stellt Fragen zur Biodiversitätsstrategie. – Staatssekretärin Günther legt dar, dass in 2023 nicht alle zur Verfügung stehenden Mittel hätten verausgabt werden können. Das sei der Situation geschuldet, dass es sich um ein aufwachsendes System handele. Benötigt würden Strukturen, die die Mittel abriefen, Förderrichtlinien sowie Personen. Hier sei man mit den Naturschutzverbänden noch nicht so weit, wie das Land gerne wäre. Nicht verausgabt worden seien im MEKUN rund 450.000 Euro und im MLLEV ungefähr 550.000 Euro. Geplant sei, die für 2024 vorgesehenen Mittel zu verausgaben.

Abgeordnete Redmann vertritt die Ansicht, dass 994.600 Euro, die zur Deckung des Gesamthaushalts in 2023 herangezogen worden seien, für die Biodiversitätsstrategie fehlten. Vor diesem Hintergrund bittet sie um eine Auflistung der konkret geplanten Maßnahmen in den nächsten Jahren. – Minister Goldschmidt bekräftigt, die Biodiversitätsstrategie sei der Kernbestandteil der Naturschutzpolitik in Schleswig-Holstein und umfasse sehr viele Maßnahmen. Er sagt zu, aufzubereiten, welche Maßnahmen in den nächsten Jahren angegangen werden sollten und diese grob mit Zahlen zu versehen. Dem Wunsch, etwas Planungssicherheit in Bezug auf die Biodiversitätsstrategie zu bekommen, komme er gern nach. Im Übrigen sei es kein Sonderfall, dass Mittel, die nicht verausgabt würden, dem Gesamthaushalt zufließen.

Abgeordnete Redmann regt an, angesichts der sich veränderten Haushaltslage die Biodiversitätsstrategie gegebenenfalls zu überarbeiten und nachzujustieren und im Rahmen der Finanzplanung zu verdeutlichen. – Minister Goldschmidt betont, ihm sei daran gelegen, dass die Strategie abgearbeitet werde. Er bittet allerdings zu berücksichtigen, dass es sich um eine junge Strategie handele, die erfordert habe, den entsprechenden Personalstock aufzubauen, damit die Projekte in die Umsetzung kommen könnten.

Zu Titel 533 08 – Ausgaben für Werkverträge oder andere Auftragsformen im Rahmen des Wolfsmanagements – erkundigt sich Abgeordneter Kumbartzky nach der Änderung des Titelansatzes. – Staatssekretärin Günther legt dar, die insgesamt drei Titel für den Wolf umfassten die Ausgaben für Werkverträge in Höhe von 550.000 Euro, gemischte Ausgaben für das Wolfsmanagement in Höhe von 455.000 Euro sowie einen weiteren Titel in Höhe von 630.000 Euro, die gegenseitig deckungsfähig seien. Bisher seien für den Wolf gut 2 Millionen Euro veranschlagt gewesen; die Veranschlagung in 2024 betrage 1,63 Millionen Euro.

Abgeordnete Redmann erkundigt sich bei Titel 533 09 – Sonstige Aufträge im Rahmen der Modellregion Schlei – nach dem geplanten Schadstoffscreening im Sediment der Schlei. – Herr Dr. Oelerich, Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft, Boden und Küstenschutz; Bundesbeauftragter für den Wasserbau im MEKUN, erläutert, das Land erreiche immer wieder Fragen, wie die Sedimente aus der Schlei verwendet werden könnten. Es sei aber durchaus bekannt, dass die Sedimente schadstoffbelastet sein könnten. Um eine gesicherte Auskunft geben zu können, sei es wichtig, ein Schadstoffscreening durchzuführen.

Abgeordnete Raudies spricht den Ansatz bei Titel 534 01 – Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit für die Biodiversität – an und stellt fest, in 2023 seien keine Mittel geflossen und für 2024 gebe es keine Planungen. In der Antwort auf die Frage ihrer Fraktion werde mitgeteilt, dass der veranschlagte Ansatz innerhalb der Maßnahmengruppe 02 im Rahmen der Deckungsfähigkeit verwendet werde. In derartigen Fällen gebe es die Auskunft aus anderen Häusern, dass der Ansatz mit der Nachschiebeliste zurückgeführt werde.

Auf Fragen der Abgeordneten Herdejürgen zu Titel 686 10 – Zuschüsse an Sonstige für die Krabbenfischerei im Wattenmeer und zur Stärkung der Nationalparkregion – erläutert Staatssekretärin Günther, nach der alten Sedimentvereinbarung habe es einen Vorwegabzug in Höhe von 1 Million Euro gegeben, der für die Krabbenfischerei reserviert gewesen sei. Dieses Geld stehe weiterhin zur Verfügung. Hier werde die alte Sedimentvereinbarung mit Hamburg abgebildet. Sofern das Geld nicht verausgabt werde, gehe es an die Nationalparkstiftung.

Auf die Frage der Abgeordneten Redmann zu Titel 534 04 – Sonstige Aufträge zur Bekämpfung von invasiven Arten –, ob aufgrund der Änderung des Landesjagdgesetzes Änderung bei der Bekämpfung von invasiven Arten notwendig seien, sagt Minister Goldschmidt zu, diese Frage schriftlich zu beantworten.

Auf die Frage der Abgeordneten Krämer zu Titel 534 07 – Sonstige Aufträge im Zusammenhang mit der Errichtung eines Nationalpark Ostsee – bestätigt Staatssekretärin Günther, dass seit Beantwortung einer entsprechenden Kleinen Anfrage keine weiteren Kosten angefallen seien.

Abgeordnete Redmann bezieht sich auf die Antwort der Landesregierung, dass die Zweckbestimmung über die Nachschiebeliste in „Sonstige Aufträge im Zusammenhang mit Konzepten zum Ostseeschutz“ geändert werden solle und bittet um Erläuterung. – Minister Goldschmidt führt aus, der Konsultationsprozess zum Nationalpark Ostsee habe deutlich gemacht, dass die Ostsee besser geschützt werden müsse. Der Ministerpräsident habe angekündigt, dass sich das Kabinett am 19. März 2024 mit dem Thema beschäftigen und entscheiden werde. Wollte man die Ostsee – in welcher Art und Weise und mit welchen Instrumenten auch immer – schützen, werde dies Kosten verursachen. Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Redmann erläutert Minister Goldschmidt, die Errichtung eines Nationalparks Ostsee wäre ein Schutz für die Ostsee. Daneben gebe es weitere Maßnahmen.

Auf Fragen des Abgeordneten Kumbartzky zu Titel 683 02 – Billigkeitsleistungen an landwirtschaftliche Unternehmen zum Ausgleich von durch Weißwangengänsen verursachte landwirtschaftliche Schäden an Sommerungen – führt Minister Goldschmidt aus, im MEKUN veranschlagt seien nur die Schäden durch Arten, die geschützt seien, im MLLEV die jagdbaren Arten. Die Richtlinie des MEKUN, die landwirtschaftlichen Schäden an Sommerungen regelt, sei in 2023 schnell auf den Weg gebracht worden. Es seien keine Anträge gestellt worden. Möglicherweise habe die Richtlinie nicht den erforderlichen Bekanntheitsgrad gehabt. Verschiedenen Akteuren seien Angebote gemacht worden, Vorschläge zu unterbreiten, wie die Richtlinie verbessert werden könne, sodass sie den Nutzungskonflikt besser mildere. Bisher seien keine Vorschläge eingegangen.

Abgeordnete Redmann legt dar, Äußerungen des Landwirtschaftsministers seien dahin gegangen, dass Mittel nicht abgerufen würden, weil die Richtlinie angepasst werden müsse. Sofern dies der Fall sei, gehe sie davon aus, dass das in Gesprächen auf Ministerebene erörtert worden sei. – Minister Goldschmidt wiederholt, ihm seien keine Hinweise zur Änderung der Richtlinie bekannt.

Abgeordneter Kock-Rohwer berichtet, nach Auskunft der Landwirte sei in 2023 spät ausgesät worden und die Vögel seien früh wieder weg gewesen. Insofern habe es keine großartigen Schäden gegeben, für die entsprechende Anträge hätten gestellt werden können. Die weitere Entwicklung sei abzuwarten.

Hinsichtlich Titel 686 09 – Zuwendung an die NationalparkService gGmbH – zeigt sich Abgeordnete Raudies verwundert über die Begründung der Höhe des Titelansatzes, nämlich gestiegene Energiepreise, die bei sonstigen Titelanätzen nicht berücksichtigt worden seien. – Minister Goldschmidt legt dar, die NationalparkService gGmbH sei eine Gesellschaft des Landes und einer der größten Tourismusmagneten an der Westküste und beinhalte das Multimar Wattforum mit all den technischen Einrichtungen und den hohen Energiebedarfen.

Abgeordneter Kumbartzky stellt Fragen zum Titelanatz bei Titel 894 03 – An die Stiftung Naturschutz f. investive Maßnahmen zur Umsetzung des Moorschutzprogramms. – Staatssekretärin Günther antwortet, der Ansatz sei fortgeschrieben worden. In diesem Zusammenhang gebe es einen Moorschutzfonds, der gut gefüllt sei. Daraus könne die Stiftung Finanzierungen vor Ort durchführen.

Abgeordneter Kumbartzky erkundigt sich ferner danach, ob die Landesregierung einen weiteren großen Flächenankauf der Stiftung Naturschutz unterstütze. – Staatssekretärin Günther weist darauf hin, dass die Landesregierung zwei Konzepte im Rahmen des Moorschutzes verabschiedet habe, nämlich Biologischen Klimaschutz durch Moorschutz und Neuwaldbildung, [Drucksache 19/2326](#), und das Moorschutzprogramm für Schleswig-Holstein, [Drucksache 14/1490](#). An beiden Programmen werde festgehalten. Sofern Flächen im Rahmen der gesetzten Ziele angekauft würden, solle dies die Stiftung tun. – Minister Goldschmidt meint, dass das Moorschutzprogramm zu den Highlights gehöre, die in der Jamaikakoalition auf den Weg gebracht worden seien.

Abgeordnete Redmann weist darauf hin, dass nicht nur die Stiftung Naturschutz, sondern auch alle anderen Player Mittel beantragen könnten und die Stiftung die Gelder verwalte.

Abgeordneter Kumbartzky betont, auch ihm sei das Moorschutzprogramm wichtig. Deshalb habe er die Sorge, dass die Stimmung vor Ort kippen könne. Er erkundigt sich in diesem Zu-

sammenhang danach, ob es einen Plan gebe, wie viele Flächen jährlich gekauft werden sollten. – Minister Goldschmidt bestätigt, dass das Moorschutzprogramm eines der Bausteine des Landes Schleswig-Holstein sei, um Klimaneutralität zu erreichen. Man könne daher nicht festlegen, wie viel Hektar im Jahr angeboten würden und gekauft werden könnten. Wenn Möglichkeiten zum biologischen Klimaschutz nicht genutzt würden, müsse umso mehr in das Thema technische Senkung und CCS eingestiegen werden, sofern man klimaneutral sein wolle.

### **Kapitel 13 15 – Wasserwirtschaft, Meeres- und Küstenschutz**

Auf eine Frage der Abgeordneten Kleinschmit zu Titel 632 01 – Erstattung von Verwaltungskosten für Personal im Havariekommando – antwortet Staatssekretärin Günther, die veranschlagten 270 Millionen Euro seien der Anteil des Landes an den Personalkosten im Havariekommando. Anscheinend überwiesen die anderen Länder ihren Anteil direkt. Sie gehe dieser Frage nach und werde schriftlich berichten. Bei den anderen Ansätzen zum Meereskatastrophenschutz würden die Gesamtsummen abgebildet.

### **Kapitel 13 16 – Abfallwirtschaft, Bodenschutz und Altlasten**

Abgeordnete Dr. Täck bezieht sich auf die Maßnahmegruppe 07 – Maßnahmen zur Phosphorrückgewinnung im Zusammenhang mit der Neuausrichtung der Klärschlamm Entsorgung – und hier auf die Antwort der Landesregierung, dass Mittel für die Bezuschussung von Investitionen in Titel 13 16-893 04 vorgesehen seien. Hier sei allerdings kein Mittelansatz ausgewiesen. – Staatssekretär Knuth antwortet, bei den annehmenden Anlagen werde es sich um eine überschaubare Anzahl handeln. Aus Gesprächen mit den Anlagenbetreibern ergebe sich, dass in 2024 noch kein Mittelbedarf vorhanden sei. Deshalb sei eine Verpflichtungsermächtigung eingebracht worden.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Raudies legt Staatssekretär Knuth dar, geplant sei eine Projektförderung, die der Phosphorrückgewinnung im Zusammenhang mit der Klärschlammverbrennung diene. Die Projekte befänden sich in Vorbereitung. – Minister Goldschmidt ergänzt, der erste Schritt sei die Abfallwirtschaftsplanung, der fertig sei. Der zweite Teil sei ein Anlagenbau. Das betreffe die Frage, wo verbrannt werde. Dafür gebe es konkrete Projekte.

Der dritte Schritt sei eine Phosphorrückgewinnung. Das sei technologisch noch nicht marktreif und solle gefördert werden.

Auf Bitte der Abgeordneten Redmann sagt Staatssekretär Knuth zu Titel 533 09 – Erstellen von Plänen, Konzepten und ähnlichem für die Abfallvermeidung/-verwertung und Entsorgung sowie die Umwandlung der Abfallwirtschaft zu einer Kreislaufwirtschaft – zu, im Umwelt- und Agrarausschuss über die in der Antwort zu diesem Titel erwähnten Förderrichtlinie zu berichten.

### **Kapitel 13 20 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“**

Auf die Frage nach dem niedrigen Ist bei Titel 883 04 – Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der Dorferneuerung an Gemeinden und Gemeindeverbände – verweist Staatssekretärin Günther auf das zuständige MLLEV.

#### **Einzelplan 16**

#### **InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein**

#### **(IMPULS 2030)**

[Umdruck 20/2675](#)

Abgeordnete Redmann bittet zu Titel 887 01 – Infrastrukturmaßnahmen Gewässer – um Begründung, warum die bauliche Umsetzung der Durchgängigkeit an der Depenauer Mühle nicht erfolgt sei. – Herr Dr. Oelerich sagt zu, diese Frage schriftlich zu beantworten.

Anhand des Titels 891 05 – Investitionszuschuss für den Landesbetrieb für den Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz (LKN.SH) für Maßnahmen des Küstenschutzes und der Wasserwirtschaft – bittet Abgeordnete Raudies um Vorlage einer Auflistung sämtlicher geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ostseeeflut.

Zu Titel 811 01 – Umstellung der Fahrzeuge der Landesverwaltung auf Elektromobilität - bittet Abgeordnete Redmann um eine Auflistung der E-Sonderfahrzeuge.

Auf eine Frage der Abgeordneten Dr. Täck zu Titel 883 54 – An Kreise und Gemeinden für die Altlastensanierung und das Flächenrecycling – bestätigt Staatssekretär Knuth, dass im Haushaltsentwurf 1 Million Euro ausgebracht seien, es aber Anträge in Höhe von etwa 1,3 Millionen Euro gebe.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob geplant sei, in der Nachschiebeliste eine Erhöhung des Titelansatzes vorzunehmen, legt Minister Goldschmidt dar, es gebe drei Möglichkeiten, erstens einen Deckungsring, zweitens keinen Bescheid, sodass eine Förderung nicht stattfinden könne, oder drittens eine Aufstockung über die Nachschiebeliste. Er weist darauf hin, dass in einigen Fällen Anträge zurückgezogen würden.

Abgeordnete Redmann bittet zu Titel 892 08 – Zuschüsse für Investitionen in Energiespeicher zur Unterstützung der Energiewende und Versorgungssicherheit an private Unternehmen – um Zuleitung der neuen Richtlinie des Landes Schleswig-Holstein zur Förderung von Stromspeichern. – Staatssekretär Knuth sagt dies zu und teilt mit, dass die Arbeiten daran im ersten Quartal 2024 abgeschlossen werden sollten.

(Unterbrechung 17:20 bis 17:35 Uhr)

### **Einzelplan 08**

#### **Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz (mit Europaausschuss und Umwelt- und Agrarausschuss)**

[Umdrucke 20/2672](#), [20/2755](#) und vertraulicher [Umdruck 20/2681](#)

Herr Schwarz, Minister für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, führt in Einzelplan 08 ein ([Umdruck 20/2755](#)).

Auf die Frage der Abgeordneten Raudies, welche Positionen sich Minister Schwarz für die Nachschiebeliste wünschen würde, verweist dieser auf die Debatte zum Thema Flurbereinigung und die dafür erforderlichen Stellen. Für unabweisbar halte er die Aufnahme von Mitteln zur Bekämpfung des grundköpfigen Apfelbohrers. Dies sei ein Schädling, der sich auf Fehmarn befinde. Dieser Schädling habe in den USA und in Kanada zu erheblichen Schäden an Apfelplantagen geführt. Er gelte als europäischer Quarantäneschädling. Für die Bekämpfung dieses Schädlings sollten 200.000 Euro vorgesehen werden. Neben Apfelbäumen würden

auch weitere Nutzpflanzen angegriffen. Die einzige Möglichkeit der Ausräumung des Schädlings sei das Entfernen der Nutzpflanzen.

Abgeordnete Redmann bezieht sich auf Titel 883 04 – Zuschüsse zur Förderung von Maßnahmen der Dorferneuerung an Gemeinden und Gemeindeverbände im Einzelplan 13 und erkundigt sich nach dem Grund für den geringen Mittelabfluss. Frau Abel, Leiterin der Abteilung Nachhaltige Landentwicklung im MLLEV, legt dar, es handele sich um Mittel aus ELER. Beim Übergang einer Förderperiode in die nächste werde die alte Förderperiode abgewickelt; dadurch entstünden im Zeitraum des Übergangs geringere Mittelabflüsse.

Der Vorsitzende regt an, den Haushaltstitel in den Einzelplan 08 zu überführen.

### **Kapitel 08 01 – Ministerium**

Abgeordnete Redmann bittet zu Titel 526 03 – Besondere Aufwendungen für den Bevollmächtigten für die Zusammenarbeit mit Dänemark – um Auflistung der geplanten Veranstaltungen sowie der Verbände, die in die Strategie eingebunden gewesen seien. – Minister Schwarz sagt zu, die Antwort schriftlich nachzuliefern.

Abgeordnete Raudies erkundigt sich bei Titel 531 02 – Öffentlichkeitsarbeit – nach dem Grund für den hohen Titelantrag. – Frau Benett-Sturies, Staatssekretärin im Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz, erläutert, das neue Ministerium habe sich zunächst einmal positionieren müssen. Dazu gehöre auch, eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln und zu flankieren. Der Ansatz werde in Zukunft voraussichtlich reduziert werden.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Redmann führt Minister Schwarz aus, dass eine Kampagne sowohl nach innen als auch nach außen gestartet worden sei. Zu beachten sei auch die anstehende Europawahl, zu der eine entsprechende Kampagne durchgeführt werde.

Herr Bödeker, Leiter der Abteilung Zentrale Angelegenheiten im MLLEV, erläutert, dass die ausgewiesenen Ist-Ansätze für 2022 die anteilig übertragenen Ansätze aus dem ehemaligen MELUND gewesen seien. Eigene Titelanträge habe es erstmalig in 2023 gegeben.

Abgeordnete Redmann und Raudies bitten um eine Auflistung der Projekte im Zusammenhang mit der Europawahl.

Abgeordneter Hölck erkundigt sich danach, wie viele Menschen man hoffe, mit diesen Programmen zu erreichen. – Staatssekretärin Benett-Sturies legt dar, dass die Multiplikation insbesondere im Social-Media-Bereich groß sei, wenn man Partner auswähle, die viele Follower hätten.

### **Kapitel 08 07 – Europaangelegenheiten**

Abgeordnete Redmann stellt Fragen im Zusammenhang mit Titel 541 01 – Kosten für die Europäische Kommunikations- und Zielgruppenarbeit des Landes. -- Minister Schwarz legt dar, in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung sei eine Studie in Auftrag gegeben worden, wie Erstwähler erreicht werden könnten. Es sei eine Erhebung bei allgemeinbildenden und Berufsschulen durchgeführt worden, über welche Kanäle sie erreicht würden und wie vertrauensvoll diese Kanäle seien. Die abgegebene Empfehlung solle genutzt werden. Auf der letzten Europaministerkonferenz habe er seinen Kollegen angeboten, diese Studie zur Verfügung zu stellen.

Abgeordnete Raudies hält eine Studie der Verwaltungsfachhochschule zum Medienverhalten für Schülerinnen und Schüler für mutig, zumal es bereits entsprechendes Material beispielsweise von politischen Stiftungen gebe. – Minister Schwarz legt dar, die Studentinnen und Studenten der Verwaltungsfachhochschule hätten eine Befragung bei Schülerinnen und Schülern durchgeführt, dem eine repräsentative Auswertung gefolgt sei.

Er sagt zu, die Antworten auf die Fragen, welche Maßnahmen sich für die Europawahl noch in Vorbereitung befänden und welche Formate für den Zeitpunkt nach der Europawahl in der Prüfung seien, schriftlich zu beantworten.

Abgeordnete Redmann stellt Fragen zu Titel 541 02 – Aufwendungen für die Pflege und die Entwicklung der Ostsee- und Nordseezusammenarbeit sowie mit Pays de la Loire. – Frau Edwards, Mitarbeiterin im Referat Landespolitische Schwerpunkte, INTERREG VI A, Zusammenarbeit mit Dänemark, Nordseeangelegenheiten im MLLEV, berichtet, bereits im letzten Jahr habe es einen Austausch mit norwegischen Regionen gegeben. Dies sei auch für dieses

Jahr wieder geplant. – Abgeordnete Redman bittet um genauere Informationen über die Planungen nach deren Abschluss.

Im Bereich der Nordseekooperation – so Frau Edwards weiter – gebe es eine Vereinbarung mit den nordniederländischen Provinzen. Hier hätten im letzten Jahr keine Aktivitäten stattgefunden. Der Austausch finde eher im Rahmen von INTERREG-Programmen statt.

Abgeordneter Kumbartzky erkundigt sich nach den Gründen für den Austritt Schleswig-Holsteins aus der Nordseekommission, Titel 684 05 – Beiträge an die Nordseekommission und an die „Konferenz der peripheren Küstenregionen“ (KPKR). – Frau Edwards antwortet, dass die Kooperation im Wesentlichen über die INTERREG-Programme stattfinde. Im Übrigen gebe es für den Nordseeraum keine mit dem Ostseeraum vergleichbare Strategie der Nordsee-Anrainer. Dadurch, dass von schleswig-holsteinischer Seite wenig Aktivitäten stattfänden, habe man sich zu der vorliegenden Einsparung entschlossen.

Minister Schwarz macht deutlich, die eingesetzten Mittel seien die in diesem Bereich nicht effizient genug eingesetzt gewesen.

Abgeordnete Redmann erkundigt sich nach den Hauptthemen der Nordseekonferenz im letzten Jahr sowie danach, ob der Ausstieg Schleswig-Holsteins mit den anderen Partnern besprochen worden sei und welcher Reaktion es darauf gegeben habe. – Frau Edwards berichtet, es gebe eine Vereinigung auf nationaler Ebene, der unter anderem Deutschland und Frankreich beigetreten sei. Das sei insofern kritisch besprochen worden, als die Gefahr gesehen worden sei, dass die Daseinsberechtigung der Nordseekommission infrage gestellt werde. Dies solle aber nicht der Fall sein. Die Schwerpunktthemen hätten sich um die sicherheitspolitische Ebene und Themen gedreht, die in Brüssel virulent gewesen seien, beispielsweise den demografischen Wandel.

Abgeordnete Redmann erkundigt sich zu Titel 632 09 – Kostenanteil für den Beobachter der Länder bei der Europäischen Union – danach, wo der Beobachter angesiedelt sei und inwieweit sich die Aufgabe mit Aufgaben anderer Ländervertretungen, zum Beispiel dem Hanse Office, unterscheiden und ob weiteres aus diesem Ansatz finanziert werde. – Minister Schwarz antwortet, die Mitarbeiterin sei von Baden-Württemberg entsandt. Insofern sei Schleswig-Holstein Nutznießer. Die übrigen Fragen würden schriftlich beantwortet.

## **Kapitel 08 02 – Landwirtschaft, Fischerei**

Minister Schwarz bestätigt auf Frage der Abgeordneten Redmann zu Titel 535 01 – Kompetenzzentrum für klimaeffiziente Landwirtschaft –, dass die aktuelle Struktur des Kompetenzzentrums beibehalten werden solle, und erläutert diese kurz erneut. – Frau Lütjen ergänzt, Studien und Modellprojekte sollten ins Leben gerufen werden. Es gebe auch viel Zusammenführung von Informationen. Es seien eine Reihe von Informationsveranstaltungen vor Ort durchgeführt worden. Zur Seite stehe dem Kompetenzzentrum der Beirat, der berate und in dem alle wesentlichen Beteiligten des Landes vertreten seien.

Abgeordnete Redmann gibt ihr Erstaunen darüber zum Ausdruck, dass aus dem Ansatz von Titel 535 02 – Dialogprozess, Zukunft der Landwirtschaft – keine Umsetzungen erfolgen sollten, sondern eine Fortführung des Dialogprozesses geplant sei. – Minister Schwarz erläutert ausführlich, dass die 24 Thesen in sechs Themenblöcke gegliedert seien. Nach Auffassung des Lenkungsgremiums sei es sinnvoll, diese Themenblöcke gesondert aufzuarbeiten. Dies sei zum Teil bereits geschehen oder für 2024 geplant. Zum Abschluss werde es eine Kommunikationsveranstaltung geben, um die Blöcke gewissermaßen fassbarer zu machen und in die Umsetzung zu bringen.

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Hölck hinsichtlich der Veranstaltungsreihe „Schwarz trifft“ erläutert Minister Schwarz, hier gehe es um eine Meinungsbildung hinsichtlich der künftigen Ausrichtung Schleswig-Holsteins in der Agrarpolitik.

Abgeordnete Raudies spricht das Thema Aufbau einer nachhaltigen Baumschulwirtschaft in Schleswig-Holstein an und erkundigt sich nach möglichem Förder- und Unterstützungsbedarf durch die Landesregierung. – Staatssekretärin Benett-Sturies verweist auf den Beratungsbereich der Landwirtschaftskammer für Baumschulen, der hervorragend aufgestellt sei. Der Landesregierung gegenüber hätten Betriebe deutlich gemacht, dass sie aus eigener Motivation unterwegs seien. – Abgeordnete Raudies macht darauf aufmerksam, dass es sich bei den Baumschulen um eine besondere Form der Landwirtschaft handle, die einen hohen wirtschaftlichen und ideellen Wert habe. Darunter befänden sich auch viele kleine und mittlere Betriebe, die nicht alles aus eigener Kraft schafften.

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies zu Titel 685 12 – Zuschüsse an öffentliche Träger für GMFAF-Maßnahmen – antwortet Minister Schwarz, die Mittel aus dem Europäischen Fonds für Meeres- und Aquakultur seien zweckgebunden. – Frau Abel ergänzt, es handele sich hier um den Landesanteil. Es sei nicht geplant, den Ansatz aufzulösen.

Auch hier – so Frau Abel auf eine Nachfrage der Abgeordneten Raudies – sei der geringe Mittelabfluss durch den Übergang von einer Förderperiode auf die nächste begründet.

Auf eine Nachfrage der Abgeordneten Redmann antwortet Minister Schwarz, dass die zu finanzierenden Projekte von Fischereiunternehmen oder Verbänden zu beantragen seien. Insofern könne er gegenwärtig noch nicht sagen, welche Projekte finanziert würden.

Abgeordnete Redmann bittet um Übermittlung einer Projektliste zu gegebener Zeit.

Auf eine Nachfrage des Abgeordneten Brandt bestätigt Minister Schwarz, dass der Notifizierungsprozess zeitlich vergleichbar mit dem von ELER gewesen sei.

Der Vorsitzende regt an, im zuständigen Ausschuss zum Stichtag 30. Juni 2024 zu berichten.

Abgeordneter Kumbartzky erkundigt sich bei Titel 537 30 – Vollzug Düngeverordnung Landwirtschaft – nach dem Grund für den geringen Mittelabfluss. Frau Lütjen, Leiterin der Abteilung Landwirtschaft und Veterinärwesen im MLLEV, verweist auf eine neue EU-Verordnung, nach der bestimmte Leistungen im Bereich der Beratung und des Nährstoffmanagements zu erbringen seien. In 2023 sei zunächst ein Lastenheft erstellt worden. Geplant sei, in 2024 in die Umsetzung zu kommen.

Abgeordneter Kumbartzky erkundigt sich bei Titel 683 30 – Zuschüsse für unterstützende Tätigkeiten für den ökologischen Landbau – nach dem Grund für die Erhöhung des Titelansatzes. – Frau Lütjen erläutert, es gehe darum, mehr regionale Produkte auch in Kantinen und Schulen und bringen. Es solle eine Beratung erfolgen, um das Kochverhalten, die Struktur und das Management einer Außer-Haus-Verpflegung zu ändern. Da hier auch Kantinen angesprochen seien, seien durchaus auch große Betriebe involviert.

Abgeordnete Raudies bittet um Übermittlung der Förderrichtlinie.

Abgeordneter Kumbartzky erkundigt sich nach der Beratung. – Minister Schwarz verweist beispielhaft auf die Kantine Zukunft in Berlin. Er legt ferner dar, dass eine Ausschreibung erfolgt sei. Ziel sei, den Absatz ökologischer Lebensmittel in Kantinen und Schulen zu erhöhen, und dies zu einem Preis-Leistungs-Verhältnis, das die Nutzer nicht abschrecke.

### **Kapitel 08 03 – Forstwirtschaft, Jagd**

Abgeordneter Kumbartzky erkundigt sich zu Titel 683 02 – Billigkeitsleistungen an landwirtschaftliche Unternehmen zum Ausgleich von durch Wildgänse verursachter Schäden – nach dem Stand der Erarbeitung der angekündigten Richtlinie und fragt nach den Plänen in diesem Zusammenhang. Im Übrigen rät er dazu, die Landwirtschaft einzubinden.

Minister Schwarz antwortet, derzeit werde die Richtlinie erarbeitet. Er gehe davon aus, dass ein entsprechender Entwurf noch vor den Sommerferien 2024 vorliegen werde, der in einer breiteren Runde besprochen werden könne, sodass er im Laufe des Herbstes fertiggestellt werden könne.

Der Vorsitzende erkundigt sich nach der Koordination von Entschädigungszahlungen, wenn sich geschützte und jagdbare Arten auf einer Fläche befinden. – Frau Abel legt dar, die Gänse unterlägen einem unterschiedlichen Schutzstatus im Rahmen der Vogelschutzrichtlinie und seien unterschiedlich zu behandeln. Das MEKUN habe sich im ersten Schritt auf die Gänsekulisse konzentriert, die über die Freistellungsverordnung abgegolten werden könne. Bei Gänsen, die nicht besonders geschützt seien oder sich in Gebieten niederließen, die nicht innerhalb von Vogelschutzgebieten lägen, müsse überlegt werden, wie die Entschädigungsleistungen auch vor dem Hintergrund der De-minimis-Regelung gestaltet werden könnten.

Auf einen Einwurf des Vorsitzenden verweist Minister Schwarz auf die Kulissenbildung für den durch die geschützte Nonnengans verursachten Schaden. Das MLLEV könne eine Richtlinie nur für außerhalb der Kulisse erlassen, um die Schäden, die deutlich zunähmen, zu mildern oder abzugelten. Die Gebietskulisse für die Nonnengans liege nicht im Verfügungsbereich des MLLEV; daher könne das Ministerium dafür keine Richtlinie erlassen.

Frau Abel weist darauf hin, dass in den Vogelschutzgebieten für Billigkeitsleistungen eine Duldungspflicht eingegangen werde. Das unterscheide sich von den Flächen außerhalb der Vogelschutzgebiete, in denen es diese Pflicht nicht gebe.

Minister Schwarz bestätigt auf Nachfrage des Abgeordneten Uekermann, dass es in der Richtlinie des MEKUN um Frühjahrssaaten gehe. Dort könnten Schädigungen eintreten, die schwer zu reparieren seien. Das MLLEV gehe davon aus, dass Schäden auch an anderen Kulturen und ganzjährig entstehen könnten.

Abgeordnete Redmann spricht Titel 685 02 – Zuweisungen an die Anstalt Schleswig-Holsteinische Landesforsten für Gemeinwohlleistungen – an und erkundigt sich, warum in der Zielvereinbarung mit den Landesforsten nicht die Forderung aufgenommen worden sei, den Titelansatz um 50.000 Euro für Neuwaldbildung zu erhöhen. – Frau Abel legt dar, dass im Rahmen der Biodiversitätsstrategie Mittel für Neuwaldbildung zur Verfügung stünden. – Abgeordnete Redmann bittet darum, dies detailliert aufzuschlüsseln. – Staatssekretärin Benett-Sturies ergänzt, dass für die Neuwaldbildung nunmehr sogar mehr als 50.000 Euro zur Verfügung stünden.

#### **Kapitel 08 04 – Veterinärwesen, Landeslabor, Absatzförderung**

Abgeordneter Kumbartzky erkundigt sich zur Maßnahmegruppe 02 – Tierseuchenverhütung und -bekämpfung, Tierschutz – dem Grund für die Änderung der Richtlinie zur Katzenkastrationsaktion, dass höchstens zehn Katzen pro Tierarztpraxis kastriert werden sollten.

Minister Schwarz erläutert, mit dieser Maßnahme solle sichergestellt werden, dass möglichst viele Tierarztpraxen die Möglichkeit hätten, an dieser Aktion teilzunehmen, und es keine Konzentration auf einzelne Praxen und einzelne wenige Regionen im Land gebe.

Auf Nachfrage der Abgeordneten Raudies erläutert Staatssekretärin Benett-Sturies, im Zusammenwirken mit dem Tierschutz, der Tierärztekammer und den Kreistierärzten sei überlegt worden, wie eine bessere Verteilung über das Land möglich sei.

Frau Dr. Bothmann, Leiterin der Abteilung Verbraucherschutz, weist darauf hin, dass das Programm für verwilderte Katzen aufgelegt sei, nicht für Katzen aus Tierheimen. Ziel sei gewesen, möglichst viele Hotspots bedienen zu können und nicht nur einzelne mit sehr vielen Tieren.

Minister Schwarz sagt auf Bitte der Abgeordneten Redmann zu, einen Erfahrungsbericht zu erstatten.

Abgeordnete Raudies erkundigt sich zu Titel 534 07 – Maßnahmen in Folge des Runden Tisches „Tierschutz“ – nach dem Grund des Mittelabflusses. – Minister Schwarz legt dar, die Untergruppen des Runden Tisches Tierschutz hätten aus unterschiedlichsten Gründen in 2023 nicht getagt. Er gehe davon aus, dass dies in 2024 anders sei und die Mittel abgerufen würden.

### **Kapitel 08 05 – Ländliche Räume**

Auf Fragen der Abgeordneten Redmann zu Titel 534 02 – Bildungsoffensive „Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz“ – verweist Staatssekretärin Benett-Sturies auf die vielfältige Berichterstattung zu diesem Thema. Sie legt dar, das Jahr 2023 sei genutzt worden, um die Bildungsoffensive zu konzeptionieren, den Qualitätsstandard durch die Europa-Universität Flensburg zu stellen und in eine erste Pilotphase und Betriebsakquise zu gehen. Deshalb könnten Mittel in größerem Umfang erst in 2024 abfließen. Derzeit werde der erste Bildungskatalog online gestellt, der weiterentwickelt werde. Man arbeite an der Qualifizierung der teilnehmenden Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter und Betriebsangehörigen. Sie hoffe, dass zum Schuljahresbeginn 2024/25 mit einem größeren Katalog unterwegs zu sein.

Auf Fragen des Abgeordneten Hölck zu Titel 893 01 – Maßnahmen des ländlichen Tourismus – antwortet Frau Abel, der Titel setze sich aus EU- und Landesmitteln zusammen. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre gehe sie davon aus, dass die Mittel entsprechend verwendet würden.

## **Kapitel 08 06 – Verbraucherschutz**

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu der Antwort der Landesregierung auf eine Frage zu Titel 535 02 – Maßnahmen zur Stärkung des gesundheitlichen Verbraucherschutzes – erläutert Frau Dr. Bothmann, der Koalitionsvertrag enthalte den Auftrag, den gesundheitlichen Verbraucherschutz zu stärken und die Strukturen nach Analyse gegebenenfalls anzupassen. Aus einem bereits abgeschlossenen Projekt hätten sich Anknüpfungspunkte ergeben, die in der Vergangenheit nicht weiterverfolgt worden seien. Auf dieser Basis sollten die in dem damaligen Projekt festgestellten Themen analysiert und versucht werden, einen Weg zu finden, die geeigneten Behörden zu finden.

Abgeordnete Raudies bittet nach Abschluss um Information der Ausschüsse.

### **Einzelplan 12**

#### **Hochbaumaßnahmen und Raumbedarfsdeckung des Landes**

[Umdruck 20/2672](#)

Auf eine Frage der Abgeordneten Raudies zu Titel 711 01 – Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten (Hochbau) – weist Herr Bödeker darauf hin, dass sich das Ministerium in einer angemieteten Liegenschaft befinde, in der umfangreiche Bauarbeiten stattfänden. In Abstimmung mit dem Finanzministerium und der GMSH sei ein Bauplan erstellt worden, aus dem sich der Bedarf ergebe. – Minister Schwarz ergänzt, dass beispielsweise noch eine Fluchttreppe zu errichten sei.

**Einzelplan 16**  
**InfrastrukturModernisierungsProgramm für unser Land Schleswig-Holstein**  
**(IMPULS 2030)**

[Umdruck 20/2672](#)

**Kapitel 16 08 – Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz**

Abgeordnete Raudies erkundigt sich danach, ob das Ministerium den Titel 883 02 – Zuschüsse zur Förderung der Breitbandversorgung im ländlichen Raum an Gemeinden und Gemeindeverbände – aus verwaltungsökonomischen Gründen noch für erforderlich halte oder ob dieser Förderbereich an das Wirtschaftsministerium übertragen werden könnte.

Staatssekretärin Benett-Sturies hält es für sinnvoll, dass das Landesamt, das eine akzeptierte Bewilligungsbehörde sei, die Abwicklung vornehme, und zwar in enger Zusammenarbeit mit dem Breitbandkompetenzzentrum. Die fördertechnische Abwicklung erfolge beim Landesamt für Landwirtschaft und nachhaltige Landentwicklung. Die Kombination sei gut, der Mittelansatz wichtig, damit die Erschließung im Land bald fast flächendeckend erfolge.

## **2. Verschiedenes**

Die nächste Sitzung findet am 15. Februar 2024 statt.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt die Sitzung um 19:20 Uhr.

gez. Lars Harms  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer